

Landwirtschaft bis Mieten: Wo staatliche Förderung verbessert werden könnte

Bei neun von zehn Fällen ortet die Studie ungewollte Mitnahmeeffekte, Doppelspurigkeiten und Ineffizienz in der staatlichen Förderung.

Sina Thöny

Von 150 staatlichen Leistungsbeiträgen untersuchte eine Studie der Stiftung Zukunft.li zehn. Ziel der Studie war es, deren Effizienz anhand objektiver Kriterien zu überprüfen. Die zehn ausgewählten Staatsbeiträge zählen zwar nicht zu den grössten Ausgabenposten, wie zum Beispiel die Staatsausgabe für die Prämienverbilligung, doch mit rund 57 Millionen Franken sind auch sie nicht unbeachtlich: «Wir haben die Punkte ausgewählt, bei denen viel Diskussionspotenzial besteht», meint die Studienautorin Theresa Goop bei der Präsentation. Bei sechs der untersuchten Staatsbeiträge ortete die Studie Verbesserungspotenzial, drei empfiehlt sie zu streichen. Einzig die Stipendien sollen bei der gängigen Praxis belassen werden. Ein Überblick über vier der untersuchten Staatsbeiträge:

Ziel der Mietbeiträge wird nicht erfüllt

Durch Mietbeiträge sollten die einkommensschwachen Haushalte so weit entlastet werden, dass sie nicht mehr von der Sozialhilfe abhängig sind. So zumindest die Idee bei deren Einführung. Doch wie die Studie von Zukunft.li nun zeigt, sank trotz Mietbeiträgen die Zahl der Empfänger von Sozialhilfe nicht ab. Die ausgezahlten Entlastungen für die Mieten würden nicht ausreichen, um die betroffenen Haushalte über das sozialhilferechtliche Existenzminimum zu



Geschäftsführer Gerald Hosp und Autorin Theresa Goop präsentierten die neue Studie der Stiftung Zukunft.li.

Bild: Daniel Schwendener

heben. «Damit erfüllt diese Förderung aktuell ihr erklärtes Ziel nicht», begründet Goop im Gespräch mit dem «Vaterland». Ausserdem müsste das Gesetz regelmässig angepasst werden, da es aufgrund der Entwicklungen von Löhnen oder Wohnkosten ansonsten an Wirkung verliert. Die Studie empfiehlt daher, bei den Mietbeiträgen nachzubessern und ein Anreizsystem mit Beitragsabstufungen zu schaffen.

Nur Leistungs- statt Einkommensbeiträge

Einer der grössten Kostenpunkte der Untersuchung ist mit

durchschnittlichen 13,4 Millionen Franken pro Jahr die Direktzahlungen an die Landwirtschaft. «Im aktuellen System gibt es grob zwei Töpfe, mit welchen die Landwirtschaft staatlich mitfinanziert wird: die Einkommensbeiträge für die Landwirte und die Leistungsabgeltungen», erklärt Goop. Die Einkommensbeiträge werden direkt an die Landwirte entrichtet, die Leistungsbeiträge gelten spezifische ökologische Leistungen ab. Die Komplexität des historisch gewachsenen Systems könne vereinfacht werden, indem die staatlichen Förderungen ausschliesslich das abgelenkt wür-

den, was zur Bereitstellung öffentlicher Güter beitrage, so der Vorschlag der Studie. Die Einkommensbeiträge würden damit wegfallen. Denn für diese gebe es keine ökonomische Begründung. Ausserdem seien sie an die Fläche sowie die Anzahl der Nutztiere gebunden. Dies sei aufgrund der Bodenknappheit in Liechtenstein als problematisch zu bewerten und stehe langfristig in Konflikt mit der Ökologisierung sowie dem Trend zu weniger Nutztieren. «Die Einkommensbeiträge würden schrittweise in Leistungsbeiträge umgewandelt, die an klar definierte ökologische oder gesellschaftliche Wir-

kungen gebunden sind», erläutert die Studie. Damit könnten die Leistungsbeiträge zielgerichteter eingesetzt werden.

Mehr Neutralität bei der Energieeffizienz

Die Förderbeiträge für Photovoltaikanlagen (PV) und Wärmepumpen beliefen sich 2025 auf rund 13,6 Millionen Franken. «Wie zielgerichtet und notwendig sind solche Zuschüsse angesichts der dynamischen Marktentwicklung heute noch?», fragten sich die Studienautoren. Die Förderungen gemäss dem Energieeffizienzgesetz (EEG) seien auf die Infrastruktur ausgerichtet, würden aber keinen Anreiz für einen niedrigen Energieverbrauch schaffen. Zudem seien sie nicht technologieneutral, sondern schreiben konkret vor, welche Technologien gefördert werden. Somit entscheide der Staat und nicht der Wettbewerb, um die innovativste und kostengünstigste Lösung, welche Technologien das Treibhausproblem lösen würden.

Ein weiterer Kritikpunkt ist der hohe Mitnahmeeffekt. Die Hälfte der Personen würden sich mit oder ohne staatliche Förderung für eine PV-Anlage entscheiden, wie eine Studie aus der Schweiz zeige. «Die Hälfte der staatliche Beiträge verpufft also wirkungslos.» Liechtenstein habe aufgrund der starken Einbindung in den Wirtschaftsraum von EWR und der Schweiz nur einen beschränkten Handlungsraum, räumt Goop im Gespräch mit

dem «Vaterland» ein. Doch man könne versuchen, die Flexibilität der Vorgaben mehr auszureizen, womit Liechtenstein flexibler auf den Markt reagieren könne.

Mitnahmeeffekt bei Liechtenstein Finance

Ein Beispiel, wo die Studienautoren den Rotstift ansetzen würden, ist der Beitrag an Liechtenstein Finance in der Höhe von durchschnittlich 331 000 Franken pro Jahr. Liechtenstein Finance wurde 2012 gegründet, um die Ausenwahrnehmung des liechtensteinischen Finanzplatzes zu verbessern. Seit 2020 beteiligt sich der Staat mit einem Beitrag an der Finanzierung, welcher rund 40 Prozent der Jahresbeiträge ausmacht. Die restlichen Gelder werden von Privaten gezahlt. Genau darin liegt gemäss der Studie das Problem: «Da die Branchenverbände selbst das stärkste Eigeninteresse an einer positiven Wahrnehmung des Finanzplatzes haben, würden sie vermutlich auch ohne staatliche Unterstützung in der Kommunikation tätig.» Damit entlaste der Beitrag private Akteure, ohne dass zwingend eine zusätzliche Leistung erbracht werde. Aus Sicht der Stiftung liege hier ein Staatsversagen vor, da ein gut organisierter und finanziell potenter Sektor unterstützt werde. Deshalb soll der Beitrag gestrichen werden.

Hinweis

Die vollständige Studie finden Sie auf www.stiftungzukunft.li.